



Wahlkompass

Islam, Integration & Internationales

zur Bundestagswahl 2013

Eine Initiative der Deutschen Muslim Liga in Kooperation mit der Islamischen Zeitung

Stimmzettel
für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 22. September 2013

Ihre Stimme entscheidet!

1	Islamfeindschaft bekämpfen	☐
2	Kopftuchverbot aufheben	☐
3	Islamische Feiertage einführen	☐
4	Antimuslimische Straftaten erfassen	☐
5	Isl. Religionsgemeinschaften anerkennen	☐
6	Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer schaffen	☐
7	Doppelte Staatsbürgerschaft erlauben	☐
8	Türkei in die Europäische Union aufnehmen	☐



SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

zur Bundestagswahl am 22. September sind fast zwei der vier Millionen deutschen Muslime und mehrere Millionen Menschen mit Migrationshintergrund aufgerufen, ihre Stimme abzugeben.

Aufgrund des religiösen und persönlichen Hintergrundes von Muslimen und Migranten sind bestimmte Themen für diese Bürger Deutschlands besonders wichtig und drücken sich im Wahlverhalten aus. Wer anerkannt wird und dessen Sorgen von den Parteien ernst genommen werden, der bringt sich aktiv in den politischen Prozess in Deutschland ein, der arbeitet mit und dessen Stimme erhält man bei der Wahl.

Die Deutsche Muslim Liga e.V. (DML) hat als älteste muslimische Vereinigung in Deutschland in Kooperation mit der bundesweit erscheinenden Islamischen Zeitung (IZ) für den vorliegenden „Wahlkompass Islam, Integration & Internationales“ eine Reihe von Fragen an Spitzenpolitiker zur Bundestagswahl 2013 gestellt und Antworten von ihnen bzw. den Parteien erhalten.

Was denken Sie über den Islam? Wann werden die islamischen Verbände als Religionsgemeinschaften anerkannt? Wie will Peer Steinbrück, der Kanzlerkandidat der SPD, Islamfeindschaft bekämpfen? Wird die CDU endlich das Kopftuchverbot abschaffen? Gibt es mit der Partei Die LINKE demnächst zwei Islamische Feiertage? Ist Rainer Brüderle, der Spitzenkandidat der FDP, für den EU-Beitritt der Türkei? Was halten Bündnis'90/Die Grünen von der doppelten Staatsbürgerschaft? Werden antimuslimische Straftaten endlich erfasst? usw.

Lassen Sie sich von den Antworten bei Ihrer Wahlentscheidung leiten! Die insgesamt 23 Fragen des Wahlkompasses sind von der Deutschen Muslim Liga e.V. mit Sitz in Hamburg in ihrem 60-jährigen Jubiläumsjahr unter der Überschrift „Welche Themen und Fragen entscheiden ihre Wahl?“ bei Migranten und Muslimen in Deutschland im Vorfeld gesammelt worden.

Gezeigt hat sich dabei, dass die Informationen der Parteien zu den vermeintlich großen Themen wie z.B. Wirtschafts- oder Finanzpolitik zwar mehr oder weniger wahrgenommen werden. Aber ausschlaggebend bei der Stimmabgabe von Deutschen Muslimen und Migranten sind oft die nachfolgenden vier Themenblöcke: Islam, Diskriminierung / Rassismus, Bürgerrechte / Integration und Internationales.

Der „Wahlkompass Islam, Integration & Internationales“ der Deutschen Muslim Liga e.V. in Kooperation mit der monatlich erscheinenden Islamischen Zeitung soll Ihnen bei Ihrer Wahlentscheidung für die Deutsche Bundestagswahl helfen.

Welchem Wahlkreiskandidaten geben Sie Ihre Erststimme, aber vor allem: welche Partei erhält Ihre wichtige Zweitstimme am Wahltag des 22. September?

Unterschätzen Sie den Wert Ihrer Stimme nicht. Gehen Sie wählen. Nur wer sich beteiligt, der wird gehört und auf dessen Wünsche wird eingegangen. Übernehmen Sie Mitverantwortung für Deutschland, die muslimische Gemeinschaft und Menschen mit Migrationshintergrund. Und jetzt viel Spaß mit dem Wahlkompass Islam, Integration & Internationales.

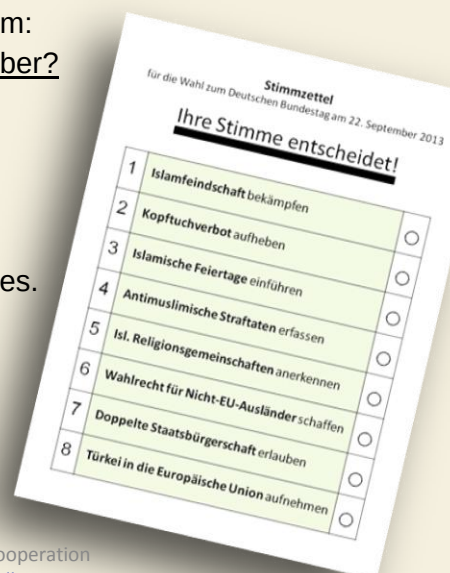
Mit freundlichen Grüßen

Belal El-Mogaddedi & Karim Moustafa

Stellv. Vorsitzender der DML

Freier Journalist

Hamburg, 10. September 2013



Inhaltsverzeichnis

Islam

4-11

1. Weltreligion Islam	Seite 5
2. Moscheebauten	Seite 6
3. Islamischer Religionsunterricht	Seite 7
4. Anerkennung Religionsgemeinschaft	Seite 8
5. Islamische Feiertage	Seite 9
6. Religiöse Gebote	Seite 10
7. Persönlicher Kontakt mit Muslimen	Seite 11

Diskriminierung und Rassismus

12-18

8. Diskriminierung	Seite 13
9. Empfehlung bei Beleidigung	Seite 14
10. Kopftuchverbot	Seite 15
11. Islamfeindschaft	Seite 16
12. Erfassung islamfeindlicher Straftaten	Seite 17
13. Rassistische Internetseiten	Seite 18

Bürgerrechte und Integration

19-24

14. Wahlrecht Nicht-EU-Ausländer	Seite 20
15. Doppelte Staatsbürgerschaft	Seite 21
16. Überwachung und Datenschutz	Seite 22
17. Integration	Seite 23
18. Zuwanderung	Seite 24

Internationales

25-30

19. EU-Beitritt Türkei	Seite 26
20. Afghanistan Einsatz	Seite 27
21. Waffenexporte	Seite 28
22. Palästina und Israel	Seite 29
23. Syrien	Seite 30

ISLAM

[DEFINITION]

Islam, der: bedeutet die bewusste Hingabe, Unterwerfung und Ergebenheit Allah gegenüber, auf die von Ihm übermittelte Art und Weise. Muslim/Muslima: Der/Die Islam-Praktizierende.

Der Islam ist eine monotheistische abrahamitische Religion, die sich vom Polytheismus und auch von christlichen Vorstellungen wie Menschwerdung Gottes und Dreifaltigkeit abgrenzt. Bestimmendes Element ist die Lehre vom tauhīd, der Einheit Gottes. Für Muslime ist Allah der einzige Schöpfer des Universums, Der unabhängig von Zeit und Raum wirkt. In der arabischen Sprache benutzen auch Christen das Wort Allah für „Gott“.

Die zentrale Schrift des Islam ist der Quran, der für die Gläubigen das unverfälschte Wort Allahs und damit die ranghöchste Quelle des Glaubens darstellt. Der Quran wurde dem Propheten Muhammad in einem Zeitraum von mehr als zwei Jahrzehnten sukzessive hinabgesandt.

Der berühmte deutsche Dichter Johann Wolfgang von Goethe verstand den Islam wie folgt: „Wenn Islam Gott ergeben heißt, In Islam leben und sterben wir alle.“

Der im Jahre 570 a.d. geborene Prophet des Islam Muhammad wird von den Muslimen als Siegel der göttlichen Prophetenkette angesehen. Für die Muslime gehören in diese Kette auch die Propheten Abraham, Moses und Jesus. Der Islam hat rund 1,6 Milliarden Anhänger weltweit.

Thema: Islam

Frage 1: In Deutschland leben circa 4 Millionen Muslime, davon etwa die Hälfte deutsche Staatsbürger. Was verbinden Sie mit der Weltreligion des Islam?

CDU



CDU/CSU: Der Islam in Deutschland weist eine große sprachliche, kulturelle und religiöse Vielfalt auf. Muslime leben in Deutschland ganz selbstverständlich. Sie bereichern mit vielfältigen Beiträgen unser Gemeinwesen. Hierfür gebührt ihnen unsere Wertschätzung und Unterstützung. CDU und CSU treten auf der Grundlage des Grundgesetzes u.a. für islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache und für die Ausbildung von Imamen in Deutschland ein. Muslime, die hier bei uns leben, gehören zu Deutschland.

SPD



Steinbrück: Der Islam ist eine bedeutende und dynamische Weltreligion, der ich mit großem Respekt begegne. Frieden, Gottesfurcht, Gerechtigkeit und Barmherzigkeit sind zentrale positive Werte des Islam. Der Islam fordert in seinen fünf Säulen die Muslime dazu auf, ihren Glauben aktiv, persönlich, regelmäßig und in solidarischer Gemeinschaft zu praktizieren. Die alltägliche ernsthafte Glaubenspraxis vieler Muslime verdient hohe Wertschätzung. In der Absage an Zwang im Glauben sehe ich eine wichtige islamische Quelle für Frieden, Pluralismus und Toleranz. Der Islam gehört heute zu Deutschland.

B'90/Grüne



B'90/Grüne: Der Islam ist nach dem Christentum zur größten Religion in Deutschland angewachsen. Viele Menschen mit und ohne Migrationshintergrund bekennen sich zum Islam. Muslimas und Muslime möchten gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben in Deutschland teilhaben und sich aktiv einbringen: im karitativen und seelsorgerischen Bereich, im politischen Leben in den Medien und in den Schulen. Dies unterstützen wir.

Die Linke



Die Linke: Unsere Welt wächst immer stärker zusammen. Menschen unterschiedlichen Glaubens und Weltanschauungen leben miteinander und bereichern unsere Gesellschaft mit ihrer kulturellen und religiösen Vielfalt. So ist auch der Islam in seiner religiösen Vielfalt ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft geworden und wird auch weiterhin stärker an Bedeutung gewinnen. Wir verstehen diesen Wandel als Chance und begreifen die religiöse Vielfalt unserer Gesellschaft, und auch die Vielfaltigkeit des Islams als Reichtum, den es zu schützen und zu fördern gilt - hierzulande und weltweit.

FDP



Brüderle: Der Islam ist nicht nur eine Weltreligion, sondern mittlerweile auch eine deutsche Religion. Im Bund haben wir als Liberale deshalb vier Millionen Euro für die Einrichtung islamischer Studien zur Verfügung gestellt. In den CDU/FDP-geführten Ländern Hessen und Niedersachsen haben wir islamischen Religionsunterricht eingeführt. Anders als das NRW-Modell erfüllen unsere Modelle den Anspruch der Muslime auf Religionsfreiheit und damit die Anforderungen des Grundgesetzes. In Hessen haben wir die erste islamische Gemeinschaft überhaupt als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt.

Thema: Islam

Frage 2: Gläubige Menschen – gleich ob Christ, Muslim oder Jude – haben sich immer Gotteshäuser gebaut. Was halten Sie von (geplanten) Moscheebauten in Deutschland, die auch äußerlich eindeutig als Moscheen zu erkennen sind?

CDU



CDU/CSU: CDU und CSU betonen in ihrem gemeinsamen Regierungsprogramm 2013 – 2017 das Eintreten für Religionsfreiheit. Dort heißt es: „Wir treten weltweit für Religionsfreiheit aller Menschen ein.“ Dies gilt selbstverständlich auch für die Muslime in Deutschland. Das Recht auf Religionsfreiheit umfasst das Recht, gemeinsam seinen Glauben ausüben zu können und hierfür auch - im Rahmen der jeweiligen Bauordnungen - Gotteshäuser zu errichten. In diesem Rahmen ist es selbstverständlich, dass Moscheen auch äußerlich eindeutig als solche zu erkennen sind.

SPD



Steinbrück: Deutschland hat zahlreiche schöne, moderne und architektonisch interessante Moscheegeäude, die das Stadtbild der jeweiligen Gemeinden bereichern. Ich sehe das als positives Zeichen dafür, dass Muslime sich in ihrer Kommune heimisch fühlen, sich mit Deutschland identifizieren und in diesem Land verwurzelt sind. Es würde mich sehr freuen, wenn der Bau von Moscheen jeweils zum Anlass für einen verbesserten Dialog von islamischen Gemeinden mit Kommunalpolitik, Stadtverwaltung, Kirchen, Parteien und Anwohnern werden kann, für vertiefte positive Begegnungen von Muslimen und Nichtmuslimen vor Ort.

B'90/Grüne



B'90/Grüne: Jahrzehntlang spielte sich das religiöse muslimische Leben in Deutschland abseits der Öffentlichkeit ab. Hinterhofmoscheen waren oftmals der einzige Treffpunkt für diese Weltreligion. Wir unterstützen es, dass Muslime an repräsentativen Orten deutscher Städte sichtbar Moscheen errichten können, um so ihrem Anliegen, ihren dauerhaften Aufenthalt und ihre „Beheimatung“ zu dokumentieren, gerecht werden zu können.

Die Linke



Die Linke: DIE LINKE tritt für eine konsequente Gleichbehandlung aller Weltanschauungs- und Religionsgemeinschaften ein. Daher ist es nur konsequent, wenn auch muslimische Gemeinden ihre Moscheen so bauen, dass sie äußerlich als solche zu erkennen sind.

FDP



Brüderle: Der demokratische Rechtsstaat garantiert die Gewissens- und Glaubensfreiheit sowie die Gleichbehandlung der unterschiedlichen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Er sichert ein friedliches und tolerantes Miteinander. So gewährt er dem Einzelnen und den Religionsgemeinschaften einen Entfaltungsspielraum, von dem in vielen Ländern der Welt Gläubige und nicht Glaubende nur träumen können. Dies muss sich auch auf den Bau von Gotteshäusern, wie z. B. Moscheen, im Rahmen des geltenden Baurechts auswirken.

Thema: Islam

Frage 3: Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei für einen flächendeckenden islamischen Religionsunterricht?

CDU



CDU/CSU: CDU und CSU treten auf der Grundlage des Grundgesetzes für islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache an Schulen ein. Dazu sollen die Lehrerbildung und die Lehrstühle für islamische Religionspädagogik ausgebaut werden. Bis eine ausreichende Zahl an muslimischen Religionslehrern ausgebildet ist, sollen übergangsweise auch Lehrer ohne staatliche Ausbildung unterrichten dürfen.

SPD



Steinbrück: Die SPD steht zum Religionsunterricht auf der Basis des Grundgesetzes und zur Umsetzung des Religionsunterrichts in föderaler Verantwortung der zuständigen Bundesländer. Dabei gilt das jeweilige Abkommen der Länder mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften und die jeweiligen örtlichen konfessionellen und religiösen Gegebenheiten werden berücksichtigt. Dies schließt islamischen Religionsunterricht ausdrücklich ein. In SPD-regierten Bundesländern wie z.B. Hamburg, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen ist der islamische Religionsunterricht vertraglich vereinbart und wird ausgebaut.

B'90/Grüne



B'90/Grüne: Wir wollen eine zügige und breite Einführung des Islamunterrichts in allen Bundesländern, in denen ein bekenntnisförmiger Religionsunterricht als Pflichtfach vorgesehen ist. Die Details der Durchführung liegen jedoch in Verantwortung der Länder.

Die Linke



Die Linke: DIE LINKE fordert die Einführung eines für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtenden Ethikunterrichts. Soweit Bekenntnis vermittelnder Religionsunterricht an Schulen als Wahlfach angeboten wird, sollen sich alle Religionsgemeinschaften, besonders muslimische Gemeinden, stärker als bisher daran beteiligen. Voraussetzung dafür ist, dass anerkannte Studiengänge auch für die Ausbildung von Imamen geschaffen werden.

FDP



Brüderle: Es obliegt aus verfassungsrechtlichen Gründen allein dem Landesgesetzgeber, ob und in welcher Form Religionsunterricht an öffentlichen Schulen angeboten wird. Der Bund hat darauf keine Einflussmöglichkeiten. Deswegen freue ich mich umso mehr, dass die hessische FDP durchgesetzt hat, dass in Hessen ab diesem Schuljahr bekenntnisorientierter Religionsunterricht jeweils in Kooperation mit dem DITIB Landesverband Hessen e. V. und dem Ahmadiyya Muslim Jamaat in der Bundesrepublik Deutschland e. V. eingerichtet wird. Nun hoffe ich darauf, dass auch andere Bundesländer diesen klugen Weg einschlagen.

Thema: Islam

Frage 4: Wie stehen Sie zur Anerkennung der offiziellen muslimischen Dachverbände als Religionsgemeinschaft bzw. Körperschaft des öffentlichen Rechts?

CDU



CDU/CSU: Die Voraussetzungen für die Anerkennung von Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts sind wie folgt niedergelegt: „Die Religionsgesellschaften bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechtes, soweit sie solche bisher waren. Anderen Religionsgesellschaften sind auf ihren Antrag gleiche Rechte zu gewähren, wenn sie durch ihre Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten“ (Art. 140 Grundgesetz in Verbindung mit Art. 137 Absatz 5 Weimarer Reichsverfassung). Die Anerkennung als Körperschaft kann daher von jeder Religionsgemeinschaft, so sie sich rechtstreu gegenüber dem deutschen Recht verhält, beantragt werden. Bislang wurde der Ahmadiyya Muslim Jamaat der Körperschaftsstatus verliehen.

SPD



Steinbrück: Inwieweit muslimische Gemeinschaften und Verbände als Religionsgemeinschaft bzw. Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt werden, wird jeweils im Einzelfall zu prüfen sein. Diese Prüfung muss offen, transparent, diskriminierungsfrei und nach klaren Kriterien erfolgen. Dass muslimische Gemeinschaften an dieser Anerkennung und an den damit verbundenen Rechten und Pflichten interessiert sind, werte ich positiv auch als Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Ordnung des Grundgesetzes und zum darin grundgelegten kooperativen Verhältnis von Staat und Religionen in Deutschland.

B'90/Grüne



B'90/Grüne: Unser Grundgesetz verpflichtet den Staat zu strikter religiöser und weltanschaulicher Neutralität. Keine Religion darf diskriminiert oder ungerechtfertigt bevorzugt werden. Allen Religionsgemeinschaften steht Gleichberechtigung und –behandlung durch den Staat zu. Während bisher vor allem die christlichen Kirchen den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts besitzen, sind andere Gemeinschaften vereinsrechtlich organisiert. Grüne Politik wird ergebnisoffen nach Wegen suchen, diese rechtliche Ungleichheit zu beseitigen.

Die Linke



Die Linke: Der Körperschaftsstatus ist historisch auf die Organisationsform der christlichen Kirchen zugeschnitten. Insofern mag die körperschaftsrechtliche Anerkennung anderer Religionsgemeinschaften im Sinne einer Gleichbehandlung als ein geeignetes Instrument erscheinen, zeitgemäß ist aber nicht. Denn der Körperschaftsstatus läuft dem verfassungsrechtlichen Gebot einer konsequenten Trennung von Staat und Religion zuwider. Langfristig sollte daherein andere Weg beschritten werden, um Religionsgemeinschaften in ihren Rechten zu stärken.

FDP



Brüderle: Wir befürworten die Anerkennung von Religionsgemeinschaften als Körperschaft des öffentlichen Rechts, wenn sie die hierfür erforderlichen Merkmale aufweisen.

Thema: Islam

Frage 5: Der Islam kennt zwei große Feiertage: das Fest zum Fastenbrechen am Ende des Ramadan und das Opferfest zum Abschluss der großen Pilgerfahrt. Was halten Sie von der Einführung von diesen beiden Islamischen Feiertagen als gesetzliche Feiertage für muslimische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?

CDU



CDU/CSU: CDU und CSU bekennen sich zur christlichen Prägung unseres Landes wie auch zum Respekt vor jeder Glaubensüberzeugung. Wir stehen dafür, dass der Religion ein angemessener Stellenwert in unserer Gesellschaft zugemessen wird. Die Begehung muslimischer Feiertage ist bereits im Wege der Hamburger Lösung in Deutschland möglich, d. h. dass gläubige Muslime an ihren religiösen Feiertagen freinehmen können. Einer weitergehenden gesetzlichen Verankerung islamischer Feiertage stimmen wir nicht zu.

SPD



Steinbrück: Dass Muslime an den wichtigsten islamischen Feiertagen frei nehmen können, begrüße ich sehr. Ich verbringe wichtige Feiertage ja auch mit meiner Familie. Feiertagsregelungen sind Sache der Bundesländer. In meiner Heimatstadt Hamburg hat die SPD in Regierungsverantwortung dieses Feiertagsrecht in Verträgen mit muslimischen und alevitischen Gemeinschaften schon umgesetzt – trotz Kritik und Widerstand aus CDU und FDP. Demnach gelten jeweils drei gesondert aufgeführte islamische bzw. alevitische Feiertage als solche. Das kann ein Modell für andere Bundesländer sein.

B'90/Grüne



B'90/Grüne: Muslimische Feiertage werden, auch wenn sie keine gesetzlichen Feiertage sind, schon jetzt von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern sowie in Schulen berücksichtigt, indem muslimische Beschäftigte und SchülerInnen nach Rücksprache den Feiertag arbeits- bzw. schulfrei begehen können. Dies finden wir gut und richtig. Wir unterstützen Beratungsangebote, um ArbeitnehmerInnen und SchülerInnen sowie Eltern über dieses Recht aufzuklären.

Die Linke



Die Linke: Wir treten für die Gleichbehandlung aller Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften ein. In diesem Sinne wäre es nur konsequent, wenn auch Muslime an ihren wichtigen religiösen Feiertagen von der Schule und Arbeit befreit werden können.

FDP



Brüderle: Die Festlegung von Feiertagen fällt in die Kompetenz der Länder. Unabhängig von dem Grund für einen „neuen“ Feiertag spricht sich die FDP gegen die Installation weiterer Feiertage aus. Wenn dennoch Feiertage neu begründet werden sollten, müssen diese, soweit sie religiöser Natur sind, natürlich dem Gleichbehandlungsgrundsatz genügen.

Thema: Islam

Frage 6: Judentum und Islam haben u.a. zwei religiöse Gebote gemeinsam. Wie stehen Sie zum Beschneidungsgebot von männlichen Juden und Muslimen? Und wie stehen Sie zum Schächtungsgebot von Juden und Muslimen?

CDU



CDU/CSU: Religionsfreiheit und religiöse Toleranz sind tragende Pfeiler unserer demokratischen Gesellschaft. Unter Berücksichtigung der grundgesetzlich geschützten Rechtsgüter des Kindeswohls, der körperlichen Unversehrtheit, der Religionsfreiheit und des Rechts der Eltern auf Erziehung ist eine medizinisch fachgerechte Beschneidung von Jungen ohne unnötige Schmerzen grundsätzlich zulässig. Eltern können in die Beschneidung ihres Sohnes einwilligen, wenn diese nach den Regeln der ärztlichen Kunst vorgenommen wird. Hierzu gehört vor allem eine angemessene und wirkungsvolle Schmerzbehandlung.

SPD



Steinbrück: Ich habe bei der Bundestags-Abstimmung zum Bescheidungsgebot vergangenes Jahr dafür gestimmt, dass die Beschneidung erlaubt bleibt. Durch das Gesetz gibt es nun endlich Rechtssicherheit. Bei der Schächtung ist es rechtlich ja so geregelt, dass es möglich ist, das Schächtungsgebot zu befolgen und die religiöse Schlachtung, natürlich im Einklang mit dem Tierschutz, vorzunehmen. Ich respektiere das, denn ich habe Respekt vor religiösen Bräuchen.

B'90/Grüne



B'90/Grüne: Bei der Beschneidung von Jungen geht es um eine sensible Abwägung von Grundrechten. Solche Gewissensentscheidungen werden bei uns Grünen nicht per Mehrheitsbeschluss geregelt, sondern von den Abgeordneten individuell und frei getroffen. Wir sehen uns sowohl als Anwältin der Kinderrechte als auch der Religionsfreiheit in einer multikulturellen Gesellschaft, in der wir Muslime willkommen heißen und uns über die Wiederkehr jüdischen Lebens nach Deutschland freuen. Das Schächtgebot ist Teil der Religionsausübungsfreiheit. Allerdings dürfen den Tieren keine unnötigen Schmerzen zugefügt werden.

Die Linke



Die Linke: Bei der Beschneidung von Jungen sind das Recht der Eltern auf religiöse Erziehung und das Recht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit abzuwägen. Im Bundestag haben sich die Abgeordneten der LINKEN mehrheitlich gegen den Gesetzesentwurf der Bundesregierung und für einen Alternativentwurf ausgesprochen, der die unterschiedlichen Interessen angemessen ausgleicht. DIE LINKE erkennt die religiöse Bedeutung des Schächtens an. Zugleich lehnen wir Schlachtmethode ab, die unnötige Schmerzen von Tieren nicht vermeiden. Daher wollen wir eine offene Diskussion führen mit islamischen und jüdischen Gemeinden einerseits und Tierschutzverbänden andererseits.

FDP



Brüderle: Die FDP hält am grundsätzlichen Verbot des Schächtens fest, sieht es aber als verfassungsrechtlich notwendig an, einen Ausnahmetatbestand wie er im TierSchG formuliert ist, beizubehalten, um dem hohen Gut der Religionsfreiheit Rechnung zu tragen. Für die Freien Demokraten ist klar: Jeder Mensch hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Zu den verfassungsrechtlich verankerten Grundrechten gehört jedoch auch das Recht auf freie Religionsausübung. Mit dem Gesetzesentwurf des Bundesjustizministeriums bringen wir beide Interessen in Einklang.

Thema: Islam

Frage 7: Welchen persönlichen Kontakt haben Sie mit Muslimen, die ihre Religion bewusst praktizieren?

CDU



CDU/CSU: CDU und CSU haben zunehmend auch Mitglieder muslimischen Glaubens in ihren Reihen. Religiöse Feste wie Fastenbrechen oder Weihnachtsfeiern werden in den Gremien unserer Parteien gemeinschaftlich begangen. Erstmals bewirbt sich mit Cemile Giousouf eine muslimische CDU-Kandidatin im Wahlkreis Hagen/Ennepe-Ruhr-Kreis um ein Direktmandat für den Deutschen Bundestag.



SPD



Steinbrück: Ich kenne Muslime im persönlichen Umfeld, in der politischen Arbeit, in der Partei und habe viele Muslime auch auf meinen Veranstaltungen kennengelernt. Ich schätze den Austausch und das Gespräch mit ihnen sehr. Für mich macht es keinen Unterschied, welche Religion jemand hat – ich suche immer den Dialog mit interessanten Menschen.



B'90/Grüne



B'90/Grüne: Bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind viele Muslimahs und Muslime engagiert in Parteigremien und für uns im Bundestag und in den Landtagen vertreten. Viele muslimische Parteimitglieder sind auch in Arbeitskreisen wie z.B. „Grüne Muslime“ in NRW organisiert.



Die Linke



Die Linke: DIE LINKE pflegt einen durchaus guten Kontakt zu vielen muslimischen Gemeinden, nicht zuletzt weil auch einige der LINKEN-Mitglieder Muslime sind. Dadurch entstehen gute Beziehungen zu Gemeinden, aus denen auch oftmals persönliche Kontakte wachsen. Nicht selten werden Mitglieder oder Repräsentanten zu gemeinsamen Festen, wie beispielsweise dem Fastenbrechen, eingeladen. In diesem Rahmen haben wir viele gute und zum Teil auch freundschaftliche Kontakte zu praktizierenden Muslimen.



FDP



Brüderle: In meinem Leben hatte ich zu vielen Gläubigen Muslimen Kontakt. Auch im Ausland durch meine Reisen als Landes- und Bundesminister.



DISKRIMINIERUNG

[DEFINITION]

Diskriminierung, die: (lat. *Discriminare* „trennen, unterscheiden, eine Unterscheidung treffen“) 1. Benachteiligung gegenüber vergleichbaren Personen 2. Demütigung; Schlechtmachen 3. fachliche, wissenschaftliche Unterscheidung von verschiedenen Dingen

Diskriminierungsverbot, das: Rechtswissenschaftliches gesetzliches Verbot jemanden wegen seiner Herkunft, Religion, Hautfarbe usw. zu benachteiligen

RASSISMUS

[DEFINITION]

Rassismus, der: (meist ideologischen Charakter tragende, zur Rechtfertigung von Rassendiskriminierung, Kolonialismus o.Ä. entwickelte) Lehre, Theorie, nach der Menschen bzw. Bevölkerungsgruppen mit bestimmten biologischen Merkmalen hinsichtlich ihrer kulturellen Leistungsfähigkeit anderen von Natur aus über- bzw. unterlegen sein sollen

Thema: Diskriminierung und Rassismus

Frage 8: Viele wissenschaftliche Studien – wie auch der aktuelle Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes – weisen erhebliche Diskriminierung von Migranten und Muslimen u.a. im Bildungsbereich und im Arbeitsleben nach. **Wie geht Ihre Partei gegen die Diskriminierung von Muslimahs und Muslimen in Teilen der Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Medien vor?**

CDU



CDU/CSU: Um Diskriminierungen im privaten Rechtsverkehr und der Arbeitswelt wirksam begegnen zu können, ist das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) geschaffen worden und mit ihm die Antidiskriminierungsstelle des Bundes als zentrale Ansprechpartnerin. Sie steht allen Ratsuchenden zur Verfügung und wird in Fällen von Diskriminierung für die Benachteiligten tätig. Zudem hat sie den Auftrag, an gesamtgesellschaftlichen Strategien gegen Diskriminierung zu arbeiten.

SPD



Steinbrück: Ich will eine Gesellschaft, in der es nicht darauf ankommt, woher Du kommst, sondern wohin Du willst. Deshalb bekämpfen wir jede Form der Diskriminierung, sei es wegen Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion oder Weltanschauung, Behinderung oder Alter. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist ein guter Anfang auf rechtlicher Basis, diesen Grundsatz auch gesellschaftlich umzusetzen. Wir wollen das AGG aber weiterentwickeln und werden insbesondere eine bessere Finanzierung für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes sicherstellen.

B'90/Grüne



B'90/Grüne: Es ist ein Kernanliegen von Bündnis 90/Die Grünen, jede Art von Diskriminierung zu bekämpfen. Wir wollen daher die von der schwarz-gelben Bundesregierung blockierte fünfte Antidiskriminierungsrichtlinie der EU voranbringen und die Antidiskriminierungsstelle des Bundes strukturell und finanziell stärken. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz wollen wir effektiver gestalten, den Rechtsschutz für Betroffene stärken und insbesondere ein echtes Verbandsklagerecht vorsehen.

Die Linke



Die Linke: Wir sprechen uns für die Erweiterung des gesetzlichen Diskriminierungsschutzes auf jegliches öffentlich-rechtliche und private Handeln aus. Das umschließt ein Verbandsklagerecht und eine Beweislastumkehr im Rahmen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG). Der Kampf gegen Diskriminierung muss als Querschnittsaufgabe betrachtet und umgesetzt werden. Hierzu gehören Orientierungsquoten in öffentlichen Institutionen und der Privatwirtschaft genauso wie die Veränderung von Lehrplänen in Schulen, Berufsschulen und Universitäten und die Schulung aller Berufsgruppen. Darüber hinaus muss endlich eine ernsthafte Debatte über Rassismus als gesamtgesellschaftliches Problem geführt werden.

FDP



Brüderle: Der Diskriminierung entgegenzutreten ist eine Aufgabe aller: Die FDP will mehr als Antidiskriminierungsgesetzgebung. Der Abbau von Diskriminierung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Was wir brauchen ist eine Veränderung des Bewusstseins. Wir müssen eine Kultur des Miteinanders entwickeln, in der Diskriminierung und Vorurteile geächtet und Vielfalt und Unterschiedlichkeit als Bereicherung empfunden werden.

Thema: Diskriminierung und Rassismus

Frage 9: Welche Empfehlung geben Sie einer Muslimah mit Kopftuch, die zum wiederholten Male auf offener Straße beleidigt wurde?

CDU



CDU/CSU: CDU und CSU stehen für eine Gesellschaft ohne Diskriminierung. Diskriminierungen sind nicht hinnehmbar. Daher sollten sie nach Maßgabe des Strafgesetzbuches stets zur Anzeige gebracht werden.



SPD



Steinbrück: Wir wollen eine Gesellschaft, in der jede und jeder ohne Angst verschieden sein kann. Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Wenn das Tragen des Kopftuches mit zur Religionsausübung gehört, so ist auch dieses vom Grundgesetz ausdrücklich geschützt. Wir wollen, dass betreffende Frauen auf einen robusten Widerspruch durch ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger zählen können. Genau so, wie auf die Strafverfolgung dieser Beleidigungen durch staatliche Ermittlungsbehörden.



B'90/Grüne



B'90/Grüne: Islamfeindlichkeit ist leider allzu oft Alltag in Deutschland. Dem stellen wir uns entschieden entgegen. Für die von Diskriminierung bzw. Herabwürdigung betroffenen Menschen ist es wichtig, dass sie sowohl von gesellschaftlicher als auch von staatlicher Seite Unterstützung bekommen. Die Verantwortung dafür müssen Bund, Länder, Kommunen und die Zivilgesellschaft gemeinsam tragen. Opferberatungsstellen gilt es insgesamt zu stärken und zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich gegen jegliche Form von Menschenverachtung engagieren, finanziell besser zu unterstützen.



Die Linke



Die Linke: DIE LINKE tritt für ein friedliches Zusammenleben aller Glaubensgemeinschaften ein. Die Grundvoraussetzung dafür ist, dass Menschen sich frei und offen zu ihrem Glauben bekennen können, ohne dabei eine gesellschaftliche Stigmatisierung, Repressionen, Beleidigungen oder gar Gewalt fürchten zu müssen. Daher kämpfen wir aufrichtig gegen jede Form von Diskriminierung, Rassismus und Stigmatisierung von andersgläubigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Betroffene Muslimah sollen dies nicht einfach hinnehmen, sollen sich nicht verstecken, sondern selbstbewusst ihr Kopftuch tragen - es ist schließlich ihr gutes Recht.



FDP



Brüderle: Deutschland ist zu unser aller Glück kein Überwachungsstaat. Auch wenn unser Land sehr sicher ist, lässt es sich nicht immer verhindern, dass Menschen aufgrund ihrer Überzeugungen in der Öffentlichkeit angegriffen werden. Hier ist es Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden einzugreifen. Die Opfer können das befördern, indem sie z. B. eine Strafanzeige stellen. Zum Nutzen der gesamten Gesellschaft ist es zu begrüßen, wenn sich u.a. auch diese Muslimah für Toleranz und Meinungsfreiheit einsetzen. Denn es gilt den Dialog in der Gesellschaft zu fördern, damit es erst gar nicht zu Beleidigungen kommt.



Thema: Diskriminierung und Rassismus

Frage 10: Tausende Lehrerinnen und Lehrer fehlen in Deutschland. Was ist Ihre Meinung zum weiterhin bestehenden Kopftuchverbot für muslimische Lehrerinnen in verschiedenen Bundesländern? Und konkret: Werden Sie sich für eine Abschaffung des Kopftuchverbotes aktiv einsetzen?

CDU



CDU/CSU: Die Ausbildung und Einstellung von Lehrern liegt in der Zuständigkeit der Länder. Über Hoheitsträger, wie es z. B. auch Lehrer oder Polizisten sind, tritt der Staat den Bürgern unmittelbar entgegen. Nach dem Neutralitätsgebot des Grundgesetzes hat der Staat wie auch die Staatsdiener den Bürgern neutral, d. h. ohne eine z. B. mit politischer Manifestation verbundene Kleidung, gegenüberzutreten.



SPD



Steinbrück: Das Bundesverfassungsgericht hat 2003 geurteilt, dass es für Lehrkräfte kein pauschales Verbot geben darf, im Unterricht ein Kopftuch zu tragen. In der Folge gibt es in vielen Bundesländern unterschiedliche gesetzliche Regelungen zum Tragen eines Kopftuches im öffentlichen Dienst. Der Ausgangspunkt bleibt aber grundsätzlich die Neutralitätspflicht des Staates. Diese Pflicht gilt eben auch für Beamtinnen und Beamte an staatlichen Schulen oder bei der Erfüllung hoheitlicher Aufgaben wie in Justiz und Polizei. Diese besonderen Pflichten und einhergehenden Kleidungs Vorschriften können daher auch die Einschränkung des Tragens politischer oder religiöser Symbole umfassen.



B'90/Grüne



B'90/Grüne: Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für eine Gleichberechtigung des Islam in Deutschland ein, kämpfen gegen jegliche Form der Diskriminierung aufgrund der Religion. Da im Schulbereich die Länder zuständig sind, müssen die Landesgesetzgeber eine für alle faire Regelung finden. Entscheidend dabei ist, dass im Spannungsfeld zwischen der Religionsfreiheit einerseits und dem Anspruch auf staatliche Neutralität in der Schule andererseits alle Religionen und damit alle religiösen Symbole gleichbehandelt werden.



Die Linke



Die Linke: Wir setzen uns für die Religionsfreiheit aller in Deutschland lebenden Menschen ein. Dazu gehört, dass keine Religion staatlich bevorzugt und keine benachteiligt wird. Die gegenwärtige Bevorzugung christlicher Symbolik in öffentlichen Gebäuden, beispielsweise durch sichtbar angebrachte Kruzifixe in Klassenzimmern, ist mit diesem - im Grundgesetz verankerten - Prinzip nicht vereinbar. Andererseits darf den Menschen, die in öffentlichen Einrichtungen arbeiten, wie beispielsweise Lehrerinnen, im Hinblick auf ihre persönliche Religionsfreiheit nicht verwehrt werden, eine Kruzifix-Halskette oder ein Kopftuch als Ausdruck ihrer individuellen religiösen Überzeugung zu tragen.



FDP



Brüderle: Die FDP ist für eine Trennung von Kirche und Staat. Daraus ergibt sich, dass die Bediensteten im Öffentlichen Dienst, insbesondere in Schulen zur religiösen Neutralität verpflichtet sind. So wie sich die FDP gegen das Aufhängen von Kruzifixen in Klassenräumen ausgesprochen hat, ist sie auch gegen das Tragen von Kopftüchern durch Lehrkräfte. Wir sehen in einer solchen Regelung auch keine unangemessene Einschränkung der Religionsausübung. Die Haltung der FDP bezüglich der Neutralitätspflicht des Staates auch gegenüber anderen Religionen ist konsequent, eine Ungleichbehandlung ist nicht gegeben.



Thema: Diskriminierung und Rassismus

Frage 11: Selbst die UNO-Anti-Rassismus-Konvention hat sich jüngst mit der Verbreitung von Volksverhetzung in Deutschland beschäftigt. Was sagen Sie zur zunehmenden Islamfeindschaft und Angriffen auf Muslime in Deutschland?

CDU



CDU/CSU: CDU und CSU treten jeder Form von Diskriminierung aus religiösen oder weltanschaulichen Gründen entgegen. Es ist Aufgabe des Staates gegen Diskriminierung konsequent vorzugehen. Es ist aber gleichzeitig auch Aufgabe der muslimischen Verbände, ein positives Bild des Islam zu vermitteln. Aufgrund eines erstarkten politischen Islam, der keineswegs tolerant oder demokratisch ist, ist es Aufgabe der Muslime in Deutschland, sich von Auswüchsen eindeutig zu distanzieren. Sie sind ein maßgeblicher Grund für eine islamkritische Haltung in Teilen der Bevölkerung.

SPD



Steinbrück: Neben rassistischen, homophoben und antisemitischen Übergriffen sehen wir die Islamfeindschaft mit großer Sorge. Die SPD – ihrer eigenen Geschichte bewusst und ihren Grundwerten verpflichtet – bekämpft jedwede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Einstellungen, die den Nährboden für Diskriminierung bieten, treten wir beherzt entgegen. Und es gilt unmissverständlich: Volksverhetzung ist in Deutschland eine Straftat. Wer zu Hass oder Gewalt etwa gegen eine religiöse Gruppe aufruft oder eine Gruppe beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet, der wird mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren bestraft.

B'90/Grüne



B'90/Grüne: Islamfeindschaft und andere Formen von Menschenfeindlichkeit sind nicht nur am rechten Rand, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft anzutreffen. Der Staat muss alltägliche und institutionell verankerte Islamfeindschaft mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen, zivilgesellschaftliche Arbeit fördern, ebenso Aufklärung und Diskussion, sowie eine effektive Antidiskriminierungspolitik betreiben.

Die Linke



Die Linke: Zwischen dem Islam und terroristischen Gewalttaten, die zu Unrecht unter Berufung auf den Islam erfolgen, wird in der Öffentlichkeit häufig nicht angemessen differenziert. In den Medien werden zudem Klischees und Negativbilder unreflektiert wiederholt. Bei Debatten um eine angebliche „Integrationsverweigerung“ wurden immer wieder Migranten aus muslimisch geprägten Ländern (Türkei, Libanon) – zu Unrecht – negativ hervorgehoben. DIE LINKE setzt sich dagegen für ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander in Anerkennung der Verschiedenheit aller Menschen ein. Für uns gehört die Meinungsfreiheit genauso zu den grundlegenden und zu bewahrenden Menschenrechten wie die Glaubens- und Religionsfreiheit.

FDP



Brüderle: Islamfeindschaft in Wort und Tat muss entschieden entgegengetreten werden. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wenn Straftaten begangen werden, müssen diese von den Sicherheitsbehörden konsequent aufgeklärt werden. Es gibt sicherlich viele unterschiedliche Gründe, warum Menschen sich islamfeindlich äußern oder aus dieser Gesinnung heraus sogar tödlich vorgehen. Wichtig ist, dass in jedem Einzelfall die Islamfeindschaft klar benannt und dagegen argumentiert wird.

Thema: Diskriminierung und Rassismus

Frage 12: Angesichts einer Vielzahl von wiederholten Angriffen auf Moscheen, Grabstätten und Muslime plädiert der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) – ebenso wie die muslimischen Verbände schon seit langem – für die gesonderte Erfassung antimuslimischer Straftaten. Wie werden Sie sich für die Erfassung islamfeindlicher Straftaten einsetzen?

CDU



CDU/CSU: Politisch und fremdenfeindlich motivierte Straftaten werden bereits in den polizeilichen Kriminalstatistiken erfasst, ausgewiesen und in regelmäßigen Abständen veröffentlicht. Die Ausweisung als fremdenfeindliche, rechts- oder linksextrem motivierte Straftat gibt hinreichend Auskunft über Tendenzen in der Entwicklung von Straftaten sowie Handlungsbedarf zu ihrer Eindämmung.



SPD



Steinbrück: Hier, wie auch an anderer Stelle zeigt sich, dass wir das System der Kriminal- und Rechtspflegestatistiken in Deutschland dringend optimieren und auf eine solide rechtliche Grundlage stellen müssen. Wir haben vor Kurzem einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht – CDU/CSU und FDP lehnten unseren guten und soliden Vorschlag aber ab. Mit einer rot-grünen Mehrheit nach dem 22. September werden wir ein entsprechendes Gesetz aber verabschieden.



B'90/Grüne



B'90/Grüne: Ja. Eine eigenständige Erfassung antimuslimischer Straftaten erscheint sachgerecht. Hierzu bedarf es einer entsprechenden Änderung des so genannten. „Themenfeldkatalogs“ der Polizei zur Erfassung „Politisch motivierten Kriminalität“ in Deutschland. Die grüne Bundestagsfraktion hat hierzu jüngst eine parlamentarische Anfrage an die Bundesregierung gestellt (BT-Drs. 17/14543).



Die Linke



Die Linke: Ja. Die Linksfraktion im Bundestag hat mit Kleinen Anfragen an die Bundesregierung bereits mehrfach auf das Problem einer insofern mangelnden Differenzierung der polizeilichen Kriminalstatistik hingewiesen und eine entsprechende Änderung der Erfassungspraxis angeregt.



FDP



Brüderle: Die Art und Weise sowie die Rubriken der statistischen Erfassung von Straftaten müssen beständig überprüft werden. Eine genaue statistische Erfassung ist für die tägliche Arbeit der Polizei unerlässlich, aber auch eine wichtige Grundlage für politische Entscheidungen. Wie von Ihnen dargestellt, fordert beispielsweise auch der Bund Deutscher Kriminalbeamter antimuslimische Delikte separat zu erfassen. Wie mit diesem Vorschlag umzugehen ist, muss in Abstimmung zwischen Bund und Ländern geklärt werden.



Thema: Diskriminierung und Rassismus

Frage 13: Welche Maßnahmen müssen aus Ihrer Sicht gegen die allgemein bekannten rassistischen und islamfeindlichen Internetseiten ergriffen werden?

CDU



CDU/CSU: Der Kampf gegen Extremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe. Die beste Vorbeugung ist die Erziehung zu den Grundwerten unserer freiheitlichen Demokratie. Die Gefahr von radikalisierten Einzeltätern, z. B. durch das Internet, nimmt zu. Extremisten, ob politisch oder religiös motiviert, muss die von ihnen gesuchte Anonymität genommen werden. Hierfür ist eine intensivere Überwachung ihrer Internetaktivitäten erforderlich. Gerade mit Blick auf radikalisierte Einzeltäter sind Konzepte zur Antiradikalisierung und Prävention konsequent umzusetzen.

SPD



Steinbrück: Die SPD empfiehlt allen, die im Internet auf rassistische oder islamfeindliche Inhalte stoßen, diese an die bestehenden Internetbeschwerdestellen zu melden (bspw.: www.internet-beschwerdestelle.de). Darüber hinaus kann Strafanzeige bei jeder Polizeidienststelle oder bei sogenannten „Online-Wachen“ gestellt werden. Weil strafbewehrt, können die Ermittlungsbehörden so die notwendigen Maßnahmen zur Löschung der jeweiligen Internetseiten ergreifen. Schwieriger ist es, wenn die Internet-Seite außerhalb Europas registriert ist. Aber auch hier empfehlen wir das gleiche Vorgehen, damit die Polizei durch internationale Zusammenarbeit die Löschung erreichen kann.

B'90/Grüne



B'90/Grüne: Die gegen Muslimahs und Muslimen gerichteten Hassreden, die zum Teil im Internet veröffentlicht werden, verletzen zutiefst deren Achtungsanspruch und billigen weitere Straftaten, die teilweise mit unvorstellbarer Brutalität ausgeführt werden. Daher wollen wir, dass bei allen Straftaten, die durch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit motiviert sind, die Staatsanwaltschaft automatisch eingeschaltet werden sollte.

Die Linke



Die Linke: Auch diesbezüglich ist die Linksfraktion bereits mehrfach z.B. mit Kleinen Anfragen tätig geworden. Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Frau Ulla Jelpke, kritisierte insbesondere, dass eine muslimfeindliche Hetzseite wie „Politically Incorrect“ von der Bundesregierung nicht als rechtsextremistisch eingestuft und entsprechend beobachtet wird. Stattdessen verharmlost die Bundesregierung muslimfeindliche und volksverhetzende Einstellungen als ‚Ausdruck von Ängsten vor Überfremdung‘ (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Antimuslimischer Rassismus und Rechtsextremismus“, BT-Drucksache 17/6823).

FDP



Brüderle: Auch im Internet gelten Recht und Gesetz. Daher beobachten richtiger Weise die Sicherheitsbehörden intensiv Internetaktivitäten auch von rassistischen und islamfeindlichen Organisationen bzw. Personen. Sobald strafrechtliche relevante Grenzen überschritten sind, müssen auch die Mittel des Rechtsstaates gegen die Verursacher genutzt werden.

INTEGRATION

[DEFINITION]

Integration, die: (lat: integracion) 1. Eingliederung in eine bereits bestehende Gruppe, eine größere Einheit 2. Zusammenschluß, Verbindung zu einem Ganzen 3. erneute Verbindung zu einer Einheit 4. Integration wird oft mit Assimilation verwechselt, dies sind allerdings zwei unterschiedliche Prozesse

Integrationsprozeß, der: Vorgang einer Vervollständigung, Eingliederung, Vereinigung, eines Zusammenschlusses

BÜRGERRECHTE

[DEFINITION]

Bürgerrecht, das: 1. ein gesetzliches Recht, das ein Staat seinen Bürgern zugesteht 2. zu den Bürgerrechten in einer Demokratie gehören beispielsweise das Wahlrecht und alle anderen Grundrechte 3. Bürgerrechte bilden zusammen mit den Menschenrechten die Grundrechte nach dem Grundgesetz.

Bürgerrechtler, der/die: Person, die für die Einhaltung der Bürgerrechte kämpft

Thema: Bürgerrechte und Integration

Frage 14: Was halten Sie vom Wahlrecht auch für Nicht-EU-Ausländer, die seit mehreren Jahren in Deutschland leben, bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen?

CDU



CDU/CSU: Ein allgemeines kommunales Wahlrecht für Ausländer lehnen CDU und CSU ab. Wir werben stattdessen bei denen, die schon über Jahre bei uns leben, arbeiten und gut integriert sind, dass sie die Möglichkeit nutzen, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen. Sie bringt die vollen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten, mithin auch das Wahlrecht auf kommunaler wie auch auf Landes- und Bundesebene.

SPD



Steinbrück: Die Position der SPD ist seit langem sehr klar zum Wahlrecht für Einwanderinnen und Einwanderer: Der Zusammenhalt in den Städten ist gefährdet, wenn Menschen, die aus Nicht-EU-Staaten stammen, wie bislang vom kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen bleiben. Mit einer rot-grünen Mehrheit im Bundestag werden wir uns dafür einsetzen, dass jede Frau und jeder Mann das kommunale Wahlrecht nach einem fünfjährigen legalen Aufenthalt in Anspruch nehmen kann. Das Wahlrecht für Landtags- und Bundestagswahlen setzt die deutsche Staatsbürgerschaft voraus. Deshalb wollen wir, dass aus unserem Einwanderungsland Deutschland nun auch ein Einbürgerungsland wird.

B'90/Grüne



B'90/Grüne: Bündnis 90/Die Grünen streben die demokratische Teilhabe aller Menschen an, die längerfristig hier leben. Als nächsten Schritt wollen wir das kommunale Wahlrecht auch Menschen ohne deutschen Pass oder Unionsbürgerschaft eröffnen. Unsere Bundestagsfraktion hat für die hierfür notwendige Änderung des Grundgesetzes einen Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht (BT-Drs. 17/1150).

Die Linke



Die Linke: DIE LINKE fordert ein Wahlrecht für alle dauerhaft hier lebenden Menschen gleich welcher Staatsangehörigkeit bei Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Es verstößt gegen ein Grundprinzip der Demokratie, wenn Teile der Bevölkerung von einem zentralen Recht auf politische Partizipation ausgeschlossen werden. Wer dauerhaft hier lebt, muss gleichberechtigt mitbestimmen können. Knapp 7 Mio. Menschen leben als Ausländer in Deutschland, im Durchschnitt bereits seit 20 Jahren. Ihre politische Ausgrenzung muss dringend beendet werden. Das kommunale Ausländerwahlrecht befürworten wir als einen ersten Schritt.

FDP



Brüderle: Partizipationsmöglichkeiten erleichtern die Integration. Daher setzen wir uns für die Einführung eines kommunalen Ausländerwahlrechts ein. Voraussetzung zur Erlangung ist ein rechtmäßiger Mindestaufenthalt von fünf Jahren in Deutschland. Vorgeschlagen wird in diesem Zusammenhang auch von unterschiedlichen Seiten die Schaffung einer Länderöffnungsklausel im Grundgesetz. Die Ausgestaltung eines kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige muss geprüft werden.

Thema: Bürgerrechte und Integration

Frage 15: Die doppelte Staatsbürgerschaft ist in Deutschland umstritten. Wie stehen Sie dazu?

CDU



CDU/CSU: CDU und CSU werben für die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit. Der Wille zur Einbürgerung ist das Bekenntnis zu unserem Land und den Werten unseres Grundgesetzes. Die Annahme unserer Staatsangehörigkeit – verbunden mit der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit – ist ein starkes Zeichen der Zugehörigkeit. Gleichzeitig bedeutet sie nicht die Aufgabe der Herkunft eines Menschen. Sie bleibt Teil seiner Identität, auch wenn er seine Zukunft in Deutschland sieht. Eine generelle Hinnahme doppelter Staatsbürgerschaften lehnen wir ab. Mehrstaatlichkeit ist oft mit Problemen bei der Rechtsdurchsetzung auch in zivilen Auseinandersetzungen verbunden.



SPD



Steinbrück: Die sogenannte Optionspflicht ist ein integrationspolitischer Missgriff und ein bürokratisches Monstrum, das zudem den Kommunen enorme Verwaltungskosten aufbürdet. Wir wollen, dass mehr Einwanderinnen und Einwanderer auch deutsche Staatsbürger werden können. Dafür werden wir die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen. Mädchen und Jungen, die hier geboren werden, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und behalten, ohne sich bis zum 23. Lebensjahr zwischen ihrem Geburtsland und dem Land ihrer Eltern entscheiden zu müssen.



B'90/Grüne



B'90/Grüne: Zu einer offenen Gesellschaft der Vielfalt gehört eine Politik der Mehrstaatigkeit. Hierzu haben wir einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht (BT-Drs. 17/3411). Wir wollen eine Einbürgerungsoffensive, damit MigrantInnen schneller und leichter die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen können. Wir möchten den Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geburt stärken und setzen uns für ein Ende des Optionszwangs ein (BT-Drs. 17/542, 17/13488). Junge Menschen dazu zu zwingen, ihre deutsche Staatsangehörigkeit abzulegen - sie gar zwangsweise auszubürgern - ist integrationspolitischer Unsinn.



Die Linke



Die Linke: Seit langem fordert DIE LINKE eine generelle Akzeptanz von Mehrstaatigkeit und die Rücknahme der so genannten Optionspflicht. Der Zwang zur Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit ist für viele Menschen aus unterschiedlichen Gründen das Haupthindernis bei der Einbürgerung. Mehrstaatigkeit ist in der Einbürgerungspraxis seit Jahren längst der Regelfall – und nicht die Ausnahme, wie im Gesetz noch vorgesehen. Allerdings stellt die Praxis insbesondere für die große Gruppe der türkischen Staatsangehörigen eine faktische Diskriminierung dar: Während diese im Jahr 2012 bei Einbürgerungen nur zu 22,6 Prozent ihre bisherige Staatsangehörigkeit behalten durften, war dies bei anderen Staatsangehörigen zu 61,5 Prozent der Fall.



FDP



Brüderle: Integration braucht auch die Offenheit und Integrationsbereitschaft einer Gesellschaft. Als Liberale werben wir daher für mehr Offenheit und Toleranz. Wir wollen eine Möglichkeit zur beschleunigten Einbürgerung nach vier Jahren und die grundsätzliche Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft. Eine beschleunigte Einbürgerung nach vier Jahren sollte möglich sein, wenn besondere Integrationsleistungen erbracht werden.



Thema: Bürgerrechte und Integration

Frage 16: Was wiegt für Sie höher: Datenschutz oder Überwachung? Und wieso?

CDU



CDU/CSU: Der Staat muss persönliche Kommunikationsdaten der Menschen schützen. Zugleich dürfen wir jedoch Schutzlücken bei Strafverfolgung und Gefahrenabwehr nicht hinnehmen. Wir brauchen eine verantwortungsbewusste Datenpolitik. Das hohe deutsche Datenschutzniveau muss auch bei der Überarbeitung des EU-Datenschutzrechtes erhalten bleiben. Mindestspeicherfristen für Verbindungsdaten sind notwendig, damit bei der Verfolgung von schweren Straftaten auf Anordnung eines Ermittlungsrichters oder zur Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit ein Datenzugriff erfolgen kann. Manche Straftaten, wie etwa die Verbreitung von Kinderpornographie im Netz, lassen sich nur darüber aufklären.

SPD



Steinbrück: Die SPD tritt dafür ein, dass die Menschen in Deutschland sicher sind und sich auch sicher fühlen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass der Staat Sicherheit und Freiheit garantiert. Dies muss allerdings in einem angemessenen Verhältnis zum Datenschutz geschehen – was Frau Merkel gerade missachtet: Es besteht der begründete Verdacht, dass Dienste befreundeter Staaten eine digitale Totalüberwachung unserer Kommunikation vornehmen, doch Frau Merkel kann uns immer noch nicht erklären, wie und in welchem Maße die NSA und andere Dienste Daten absaugt. Ihre Aufgabe ist es, die Grundrechte der Deutschen auch gegenüber dem Ausland zu verteidigen, doch das passiert nicht.

B'90/Grüne



B'90/Grüne: Wir Grüne sind eine Bürgerrechtspartei. Wir stehen zu dem im Grundgesetz festgelegten Schutz persönlicher Daten. Datenschutz ist Voraussetzung von Freiheit und Demokratie. Flächendeckende Überwachungen sind verfassungswidrig. Wir wollen in der Sicherheitspolitik keinen Generalverdacht gegen Unbescholtene, sondern gezielte Ermittlungsarbeit bei konkretem Anlass. Deshalb lehnen wir die Vorratsdatenspeicherung als anlasslosen Generalverdacht ab. Wir fordern vollständige Aufklärung des NSA-Skandals, effektive Schutzmaßnahmen vor Ausspähung und eine Reform der Geheimdienste.

Die Linke



Die Linke: Datenschutz selbstverständlich. Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und eine ganze Reihe daraus abgeleiteter (Datenschutz-) Rechte haben in einem demokratischen Rechtsstaat immer Vorrang vor Überwachung. Gesetze, die Überwachungsmaßnahmen regeln wollen, sind die Ausnahme und müssen in jedem Einzelfall eine besondere Begründung liefern, weshalb das Grundrecht eingeschränkt werden soll.

FDP



Brüderle: Datenschutz ist für uns Liberale zentrales Bürgerrecht. Wir wollen den Datenschutz weiter stärken. Eine anlasslose Überwachung aller Bürgerinnen und Bürger lehnen wir ab. Wir haben die Massendatensammlung beim Elektronischen Entgeltnachweis (ELENA) gestoppt und die Vorratsdatenspeicherung verhindert. Sicherheitsgesetze, die zunehmend in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger eingegriffen haben, haben wir auf ihre Angemessenheit überprüft, und wo nötig, rechtsstaatlich verbessert. Mit der Errichtung der Stiftung Datenschutz haben wir den Grundstein für einen modernen Datenschutz gelegt.

Thema: Bürgerrechte und Integration

Frage 17: In der innerdeutschen Diskussion ist der Begriff „Integration“ emotional aufgeladen. Wie definieren Sie „Integration“?

CDU



CDU/CSU: Integration bedeutet für uns: Identifikation mit unserem Land, seiner Verfassung und Grundwerten, Teilhabe und Verantwortung, ohne dabei die eigenen Wurzeln zu verleugnen. Sie braucht das Zusammenwirken der Zuwandernden wie der Einheimischen.

Der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration sind gute Deutschkenntnisse. Deutsch als gemeinsame Sprache schafft Identität und stärkt den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir erwarten von Zuwandernden, dass sie Deutsch lernen. Gleichzeitig fördern wir das frühe Erlernen der deutschen Sprache.



SPD



Steinbrück: Für die SPD bedeutet Integration die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unter Respektierung kultureller Vielfalt. Nur durch echte Teilhabe erhalten alle die gleichen Chancen. Integration ist ein Prozess, zu dessen Gelingen alle gemeinsam beitragen müssen. Nicht der Staat integriert, sondern damit echte Teilhabe gelingt, sind Nachbarn, Mitschülern und Kollegen gefragt. Es ist Aufgabe von Politik und Staat, hierfür den Rahmen zu schaffen, Regeln zu definieren und über die Wirksamkeit der Rahmenbedingungen zu wachen. Tatsächlich handeln müssen die Akteure selbst.



B'90/Grüne



B'90/Grüne: Integration ist dann erfolgreich, wenn wir Einwanderern und Einwanderinnen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht haben: politisch, rechtlich, sozial, wirtschaftlich, bildungsmäßig und sprachlich). Wir Grüne wollen Integrationspolitik durch eine Politik der Inklusion vervollständigen. Damit wollen wir unsere Gesellschaft interkulturell öffnen und institutionelle Hindernisse beseitigen, damit wirklich alle Menschen gesellschaftliche Teilhabe erleben und eine tatsächliche Chance für den sozialen Aufstieg haben.



Die Linke



Die Linke: DIE LINKE tritt für eine weltoffene Gesellschaft ein, für ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander in Anerkennung der Verschiedenheit aller Menschen unterschiedlicher Herkunft. Das erfordert gleiche Rechte und soziale und politische Teilhabe für alle in Deutschland lebenden Menschen. Integration ist ein wechselseitiger Prozess. Die Aufnahmegesellschaft muss offen sein gegenüber den Eingewanderten und Rassismus und Diskriminierungen wirksam bekämpfen. Nur dann kann Integration in einem umfassenden Sinn gelingen, denn Integration ist nicht (nur) eine individuelle Herausforderung, sondern vor allem eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.



FDP



Brüderle: Gelungene Integration braucht zwei Seiten, die aufeinander zugehen. Wir sind überzeugt: Wer an dieser Gesellschaft teilhaben möchte, wer sich einbringen will, der soll hier auch eine Heimat finden können. Dafür können wir in Deutschland Hindernisse abbauen und Türen öffnen. Gleichzeitig ist aber auch die Bereitschaft zur Teilhabe Voraussetzung für das Miteinander in einer offenen Bürgergesellschaft. Dazu gehört insbesondere die Bereitschaft, die deutsche Sprache zu erlernen sowie die vorbehaltlose Akzeptanz unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung.



Thema: Bürgerrechte und Integration

Frage 18: Zuwanderung wird in der politischen Diskussion immer wieder als Gefahr für Deutschland betrachtet. Welche Position nehmen Sie in der Zuwanderungsdebatte ein?

CDU



CDU/CSU: Deutschland ist ein erfolgreiches Integrationsland. Wer unsere gemeinsamen Werte teilt, wer mit anpackt und unser Land voranbringen will, ist uns willkommen. Erfolgreiche Zuwanderer zeigen, welche Chancen mit gelungener Integration verbunden sind. Die ganz überwiegende Mehrheit der rund 15 Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die bei uns leben und arbeiten, leisten einen bedeutenden Beitrag zum Wohlstand und zur kulturellen Vielfalt unseres Landes. CDU und CSU wollen Aufstiegswillen und Bereitschaft zur Mitgestaltung von Menschen, die in unser Land kommen, gezielt fördern.

SPD



Steinbrück: Deutschland ist ein Einwanderungsland und lebt von seiner Vielfalt, dem Engagement und den Ideen der Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft. Wir wollen ein modernes, weltoffenes Land sein, das sich auch seiner demografischen Entwicklung stellt und handelt. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Wir wollen daher die permanente Unterteilung in „Ihr und Wir“ überwinden. Für uns in der SPD verläuft die Trennlinie nicht zwischen „Deutschen“ und „Migranten“ sondern danach, ob Menschen gemeinsam demokratisch solidarisch die Gesellschaft gestalten wollen. Vielfalt verstehen wir als eine Zukunftsressource unserer Gesellschaft.

B'90/Grüne



B'90/Grüne: Wir wollen transparente und unbürokratische Regeln für die Einwanderung von Arbeitskräften nach Deutschland. Kernelement ist das sog. Punktesystem, das die Möglichkeit bietet, die Arbeitsmigration anhand eines gesellschaftlich abgestimmten Kriterien-Katalogs zu steuern. Flankierend hierzu setzen wir uns ein, für ein effektives Antidiskriminierungsrecht, für bessere Nachqualifizierungsstrukturen und mehr Sprachförderung – aber auch für familienfreundliche Nachzugsregelungen, für eine liberale Einbürgerungspolitik und für politische Teilhaberechte.

Die Linke



Die Linke: DIE LINKE hat sich immer wieder gegen die dominierende Sicherheits- und Abwehrlogik in der Einwanderungspolitik ausgesprochen. Einwanderung ist keine Gefahr, sondern eine Bereicherung für die Bundesrepublik Deutschland, in menschlicher, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht. Der volkswirtschaftliche Nutzen der Migration wurde in zahlreichen Studien belegt, die Bundesrepublik war und ist zum Teil auf Einwanderung angewiesen. Allerdings wenden wir uns auch dagegen, dass Einwanderungsmöglichkeiten immer stärker nach wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik Deutschland ausgestaltet werden, während Grund- und Menschenrechte und humanitäre Überlegungen zu kurz kommen.

FDP



Brüderle: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Darüber freuen wir uns. Deutschland muss offen sein für Talente aus aller Welt, eine Willkommenskultur etablieren und um kluge Köpfe aktiv werben. Die begonnene Liberalisierung bei der Einwanderung von Fachkräften und den Einstieg in ein modernes Einwanderungsrecht wollen wir fortsetzen. Dazu streben wir die Weiterentwicklung des Arbeitssuchvisums zu einem vollständigen Punktesystem nach dem Vorbild von Kanada und Australien an. Auch sollen Auszubildende aus Drittstaaten, die eine Lehre in Deutschland absolvieren wollen, einen Aufenthaltstitel erhalten.

INTERNATIONALES

[DEFINITION]

***International** (lat. Inter „zwischen“ und natio „Volk“) bedeutet zwischenstaatlich, nicht auf eine(n) Nation, Staat begrenzt; etwas, das mehrere Staaten oder ihre Staatsbürger betrifft wie zum Beispiel internationale Abkommen, internationale Konflikte/Kriege*

Thema: Internationales

Frage 19: Wie stehen Sie zum EU-Beitritt der Türkei?

CDU



CDU/CSU: Wir sehen die strategische und wirtschaftliche Bedeutung der Türkei für Europa. Wir möchten daher die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei weiter vertiefen. Eine enge und besondere Zusammenarbeit dient sowohl den Menschen in Europa als auch in der Türkei. Wir wollen daher eine möglichst starke Kooperation zwischen der EU und der Türkei sowie eine enge strategische Zusammenarbeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Eine Vollmitgliedschaft der Türkei lehnen CDU und CSU aber ab, weil die Türkei die Voraussetzungen für einen EU-Beitritt nicht erfüllt.

SPD



Steinbrück: Europa muss weiterhin seine Türen für neue Mitglieder offen halten. Gegenüber den Ländern, die bereits Beitrittsverhandlungen mit der EU führen sowie den Ländern, die eine Beitrittsperspektive erhalten haben, muss Europa zu seinem Wort stehen. Wir treten dafür ein, dass die EU die Verhandlungen mit der Türkei mit dem klaren Ziel eines EU-Beitritts der Türkei weiterführt.

B'90/Grüne



B'90/Grüne: Wir stehen für eine echte Beitrittsperspektive der Türkei und für faire Beitrittsverhandlungen auf Augenhöhe. Deutschland muss neuen Schwung in die Verhandlungen bringen, nur so kann die EU die Türkei zu wichtigen - noch ausstehenden - Reformen bewegen. Klar ist, ein EU-Beitritt ist nur möglich, wenn alle Bedingungen erfüllt sind. Im Vordergrund stehen für uns die Einhaltung von demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien sowie die Achtung der Menschenrechte. Hier weist die Türkei noch Defizite auf. Die türkische Zivilgesellschaft sollte eng in den Beitrittsprozess eingebunden werden.

Die Linke



Die Linke: DIE LINKE steht für eine solidarische EU-Erweiterung unter Einschluss der Türkei. Für uns sind eine demokratische Regierungsform, die Gewährleistung und Durchsetzung der Menschenrechte für jedermann im Alltag, die Achtung und der Schutz von Minderheiten, Religionsfreiheit für alle und Rechtsstaatlichkeit wichtige Bedingungen für Verhandlungen mit Ländern, die sich um eine EU-Mitgliedschaft bewerben. Wir haben uns deshalb auch immer dafür eingesetzt, dass die Verhandlungen mit der Türkei ernsthaft geführt werden. Wir sind allerdings nach der blutigen Niederschlagung der Gezi-Park-Proteste der Auffassung, dass bei Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen gegenwärtig kein weiteres EU-Beitrittskapitel eröffnet werden soll.

FDP



Brüderle: Wir sehen in der Erweiterung der EU eine große Chance, sofern und soweit Kandidaten beitriffähig sind und die Europäische Union aufnahmefähig ist. Außerdem bestehen wir darauf, dass die EU institutionell vorankommt, bevor sie weiteren Aufnahmen zustimmt. Wir werden darauf achten, dass diese Aufnahmevoraussetzungen strikt eingehalten werden. Mit der Türkei verbindet uns seit Jahrzehnten eine tiefgreifende Partnerschaft und die gemeinsame Mitgliedschaft in der NATO. An der Beitrittsperspektive für die Türkei halten wir fest.

Thema: Internationales

Frage 20: Der Einsatz in Afghanistan war der größte militärische Auslandseinsatz der deutschen Bundeswehr seit dem Zweiten Weltkrieg. Neben den weit über 100.000 afghanischen Zivilisten sind seit 2001 auch über 50 deutsche Soldaten gestorben. Welchen Nutzen hat der bisherige Einsatz in Afghanistan gebracht?

CDU



CDU/CSU: Afghanistan ist heute sicherer als früher. Al Qaida hat dort keine sichere Basis mehr. Viel mehr Kinder als früher - vor allem auch Mädchen - besuchen heute eine Schule. Die Gesundheitsversorgung und die Wirtschaftslage haben sich enorm verbessert. Der Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte geht weiter voran. Es besteht Hoffnung, dass Afghanistan zukünftig selbst für seine Sicherheit sorgen kann und Terroristen dort keinen Zufluchtsraum finden. Deutschland wird Afghanistan auch nach 2014 weiter in der militärischen Ausbildung unterstützen und sich für die Entwicklung des Landes einsetzen.

SPD



Steinbrück: Mit einer politischen Lösung eine stabile ökonomische Perspektive und schließlich den schrittweisen Rückzug der ISAF zu erreichen, wie Gerhard Schröder es verfolgte, ist auch weiterhin für mich richtungsweisend. Trotz vieler positiver Entwicklungen sind viele Probleme aber noch ungelöst: Afghanistan wird, auch wenn deutsche Soldaten nicht mehr an Kampfhandlungen beteiligt sind, noch mindestens bis 2024 besondere Unterstützung brauchen – wirtschaftlich, politisch, bei der Finanzierung und Ausbildung der Sicherheitskräfte, beim Aufbau einer grundlegenden Infrastruktur und der Verwaltung. Aber es besteht die realistische Chance, die Ziele der internationalen Gemeinschaft und der Afghanen selbst für Afghanistan zu erreichen. Das ist unser Ziel.

B'90/Grüne



B'90/Grüne: Der Einsatz von ISAF, an dem sich die Bundeswehr mit UN-Mandat beteiligt hat, erbrachte nicht den Erfolg, den sich die internationale Gemeinschaft erhofft hatte. Allerdings herrschte bis 2001 dort ein Unrechtsregime, das das eigene Volk menschenverachtend unterdrückte und die Drahtzieher der Anschläge am 11. September deckte. In weiten Teilen des Landes haben die Menschen heute ein besseres Leben, mit Bildungschancen und wirtschaftlicher Perspektive. Notwendig ist ein politisch-gesellschaftlicher Versöhnungsprozess. Wichtig ist dafür die Beendigung des ISAF-Einsatzes zum Jahresende 2014.

Die Linke



Die Linke: Mehr als 70.000 Tote und hunderttausende Verwundete – das ist laut der Ärzteorganisation IPPNW die schreckliche Bilanz des Afghanistankriegs. 2,7 Millionen Menschen befinden sich nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der UN auf der Flucht. Die Sicherheitslage ist weiterhin katastrophal. Angesichts dieser schrecklichen Bilanz kann man nicht von einem „Nutzen“ sprechen. DIE LINKE fordert daher nach wie vor den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, als einzige im Bundestag vertretene Partei. Wir wollen einen rein zivilen Wiederaufbau des Landes.

FDP



Brüderle: Die FDP hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass unseren Soldaten in Afghanistan durch einen Strategiewechsel hin zu stärkerer Vernetzung von politischen, entwicklungspolitischen und militärischen Ansätzen, eine realistische Abzugsperspektive für 2014 eröffnet werden konnte. Die Übergabe der Verantwortung in Afghanistan läuft. Der Abzug hat begonnen. Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass auch nach dem vollständigen Abzug deutscher Kampftruppen aus Afghanistan das Land und die Bevölkerung nicht im Stich gelassen werden und das bisher Erreichte geschützt wird.

Thema: Internationales

Frage 21: Deutschland ist laut des Stockholmer Friedensforschungsinstituts (SIPRI) weltweit der drittgrößte Waffenexporteur. Warum liefert Deutschland Waffen an Unrechtsstaaten weltweit? Werden Sie sich für eine andere Ausrichtung deutscher Waffenexporte einsetzen?

CDU



CDU/CSU: Die deutsche Rüstungsexportpolitik unterliegt den "Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern", aus dem Jahr 2000 und dem im Dezember 2008 verabschiedeten „Gemeinsamen Standpunkt 2008/944/GASP des Rates der Europäischen Union betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern". Diese Vorgaben stellen eine verantwortungsvolle Kontrolle von Rüstungsexporten sicher.

SPD



Steinbrück: Deutsche Waffenexporte in Krisengebiete haben dramatisch zugenommen. Dass die Lieferung deutscher Panzer in Länder wie Saudi Arabien überhaupt in Erwägung gezogen wird, ist vor dem Hintergrund der Umwälzungen des Arabischen Frühlings unverantwortlich. Mit deutschen Panzern dürfen keine Proteste freiheitsstrebender Demonstranten in der arabischen Welt niedergeschlagen werden. Der Bundessicherheitsrat, der die Entscheidungen zu Rüstungsexporten trifft, tagt unterdessen noch immer geheim. Regierungshandeln muss aber nachvollziehbar und durch das Parlament kontrollierbar sein, gerade bei Rüstungsexporten! Die SPD wird deshalb dem Deutschen Bundestag Kontrollrechte einräumen. Mit einem eigenen Kontrollgremium des Bundestags erreichen wir mehr Transparenz.

B'90/Grüne



B'90/Grüne: Kanzlerin Merkel betreibt eine offensive Rüstungsexportpolitik, auch in Krisenregionen. Das ist friedenspolitisch unverantwortlich. Die unverbindlichen Rüstungsexportrichtlinien werden nicht eingehalten. Wir setzen uns daher für eine Neuausrichtung der Rüstungsexportpraxis ein, indem wir ein Rüstungsexportkontrollgesetz fordern, das gesetzlich strenge Exportbeschränkungen festlegt. Außerdem wollen wir die Transparenz und parlamentarische Kontrolle stärken. Ein Parlamentsausschuss soll die Möglichkeit haben, gegen Exportentscheidungen in Drittländern ein aufschiebendes Veto einzulegen.

Die Linke



Die Linke: DIE LINKE will, dass deutsche Politik zu einer friedlicheren, sozialeren und gerechteren Welt beiträgt. In dieser Welt haben deutsche Waffenexporte nichts verloren. Wir setzen uns, als einzige im Bundestag vertretene Partei, für ein vollständiges Verbot von Rüstungsexporten ein. Als Einstieg fordern wir vier konkrete Teilverbote: ein Verbot von Kleinwaffenexporten, ein Verbot des Exports von Waffenfabriken, keine staatliche Förderung, Finanzierung oder Absicherung von Rüstungsexporten und ein Verbot des Exports von Rüstungsgütern an Staaten, die die Menschenrechte mit Füßen treten.

FDP



Brüderle: Einige gefestigte Demokratien, mit denen Deutschland eng verbunden ist, sind den NATO- und EU-Staaten in Bezug auf Exporte gleichgestellt. Bei darüber hinausgehenden Drittstaaten verfolgt Deutschland eine restriktive Exportpolitik. Genehmigungen werden nur erteilt, wenn im Einzelfall besondere deutsche außen- oder sicherheitspolitische Interessen unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen für eine ausnahmsweise zu erteilende Genehmigung sprechen. Ferner spielt die Menschenrechtssituation im Empfängerstaat eine wichtige Rolle bei der Abwägung von möglichen Exportentscheidungen.

Thema: Internationales

Frage 22: Derzeit laufen abermals Friedensverhandlungen zwischen den Palästinensern und den Israelis. Sehen Sie angesichts der ausgeprägten israelischen Siedlerpolitik in einer Zweistaaten-Lösung noch eine Beilegung des Konflikts?

CDU



CDU/CSU: Für CDU und CSU ist die Zwei-Staaten-Lösung weiterhin realistisch und erstrebenswert, zumal dies auch die Israelis und die Palästinenser selbst als Ziel ihrer nunmehr wieder aufgenommenen Friedensverhandlungen vereinbart haben. Die Bundesregierung sollte sich weiterhin dafür einsetzen, dass der illegale Siedlungsbau eingestellt wird sowie Israelis und Palästinenser in ihrem Ziel ermutigen, ein umfassendes und gerechtes Friedensabkommen zu erreichen. Ein solcher Friedensschluss sollte mit politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen unterstützt werden.



SPD



Steinbrück: Die israelische Regierung hat mit dem Beschluss, 104 palästinensische Häftlinge freizulassen, ein wichtiges Signal gesetzt. Gleichzeitige Pläne, hunderte neue Wohnungen in Ost-Jerusalem und in verschiedenen Siedlungen im Westjordanland zu bauen, sind jedoch nicht förderlich für das Vertrauensverhältnis zwischen beiden Seiten. Weder Israelis noch Palästinenser sollten einseitige Schritte unternehmen, welche die erst am Anfang stehenden Friedensgespräche gefährden könnten. Denn nur so kann eine umfassende Friedenslösung auf der Grundlage internationaler Verträge erreicht werden. Wir setzen uns für die Zwei-Staaten-Lösung ein, mit dem Ziel eines unabhängigen und lebensfähigen palästinensischen Staates, Seite an Seite in Frieden und Sicherheit mit Israel.



B'90/Grüne



B'90/Grüne: Wir teilen die Besorgnis darüber, dass u.a. durch die israelische Siedlungspolitik die Umsetzung einer Zwei-Staaten-Regelung immer schwieriger wird. Wir sehen jedoch nur in der Struktur der Zwei-Staaten-Regelung die Möglichkeit, sowohl für eine Fortexistenz des Staates Israel wie auch für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser einzutreten und den israelisch-palästinensischen Konflikt fair zu regeln. Die Bundesregierung muss alle gegebenen Möglichkeiten nutzen, um die Grenzen von 1967 als Verhandlungsgrundlage einzufordern.



Die Linke



Die Linke: DIE LINKE tritt weiterhin für die zwei Staaten-Lösung ein. Eine Lösung im israelisch-palästinensischen Konflikt ist nicht auf militärischem Wege zu erzielen, sondern nur durch ernsthafte und aufrichtige Verhandlungen zwischen allen Beteiligten. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich die Aufnahme der Friedensverhandlungen und setzen uns dafür ein, dass diese auch von Seiten Deutschlands unterstützt werden. Ein palästinensischer Staat muss lebensfähig sein. Dazu gehören völkerrechtlich abgesicherte Grenzen, Kontrolle über eigene Ressourcen und freie, sichere Verkehrswege, auch zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen sowie ein Ende des jüdischen Siedlungsbaus.



FDP



Brüderle: Wir begrüßen das deutsche Engagement im Nahost-friedensprozess ausdrücklich und werden es unvermindert fortsetzen. Dabei bleibt Grundlage unserer Politik das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels und eine ausverhandelte Zweistaatenlösung.



Thema: Internationales

Frage 23: Seit zwei Jahren tobt in Syrien ein Bürgerkrieg. Wie kann Ihrer Meinung Deutschland dazu beitragen den Konflikt friedlich beizulegen?

CDU



CDU/CSU: Der Bürgerkrieg in Syrien lässt sich nur durch eine umfassende politische Lösung beenden. Dafür müssen alle Bürgerkriegsparteien im Rahmen einer UN-Konferenz an einen Tisch gebracht werden. Der Giftgasangriff vom 21. August 2013 ist eine Zäsur. Die internationale Gemeinschaft muss darauf reagieren. Kein Mitglied des UN-Sicherheitsrates darf vor diesem Verbrechen an der Menschheit die Augen verschließen. Deutschland sollte mit den Verbündeten, mit Russland und den Partnern im Nahen Osten den intensiven Austausch fortsetzen, bis eine gemeinsame, angemessene Antwort gefunden wird.

SPD



Steinbrück: Der Einsatz von Chemiewaffen ist ein furchtbares Verbrechen und ein schwerer Verstoß gegen das Völkerrecht. Es wäre unerträglich, wenn die Weltgemeinschaft hierauf keine Antwort gäbe. Viele sehen aber nur noch die Möglichkeit einer militärischen Intervention. Doch die Spaltung der Völkergemeinschaft in der Syrienfrage könnte dadurch sogar noch vertieft werden und gemeinsames Handeln zur politischen Beruhigung der Gesamtregion unmöglich machen. Wir brauchen Schritte aus der Gewaltspirale! Darum habe ich am 30. August 2013 den Vorschlag für eine politische Initiative vorgestellt. Der UN-Generalsekretär, die Präsidenten der USA und Russlands und der Generalsekretär der Arabischen Liga sind gefragt, den politischen Prozess wieder in Gang zu bringen.

B'90/Grüne



B'90/Grüne: Die Ergebnisse der UN zum Giftgas-Absatz müssen abgewartet werden. Der Bürgerkrieg ist weder durch militärische Strafaktionen noch durch Waffenlieferungen an die Konfliktparteien zu lösen. Es kann nur eine politische Lösung geben. Der von den USA und Russland angekündigte Plan einer regionalen Friedenskonferenz muss umgesetzt werden. Dabei müssen alle regionalen Akteure einbezogen werden. Deutschland muss die Nachbarstaaten bei der Bewältigung der hohen Flüchtlingszahlen unterstützen und auch mehr als die bisher zugesagten 5000 syrischen Flüchtlinge aufnehmen.

Die Linke



Die Linke: Als allererstes muss in Syrien humanitäre Hilfe geleistet werden. Es fehlt überall an Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung. Zudem befinden sich viele tausend Menschen auf der Flucht. Deshalb muss sich Deutschland für syrische Flüchtlinge öffnen und die Flüchtlingshilfsorganisationen stärker materiell unterstützen. DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, sich an keinerlei Vorbereitungen eines Militärschlags in Syrien zu beteiligen und stattdessen auf eine diplomatische Lösung des Konflikts hinzuwirken. Zur friedlichen Beilegung des Konfliktes ist es zuallererst notwendig, dass keine Waffen mehr nach Syrien gelangen. Zudem müssen unverzüglich die in der Türkei stationierten Bundeswehrsoldaten und Patriot-Raketen abgezogen werden.

FDP



Brüderle: Unter liberaler Führung unterstützt das Außenministerium die moderaten Kräfte in der Opposition. Auf Betreiben der FDP wurde in der türkischen Grenzregion ein Projektbüro eröffnet, um in den von der Opposition kontrollierten Gebieten konkret am Wiederaufbau mitzuwirken. Die FDP hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass in einem internationalen Trust-Fond Gelder für den Wiederaufbau gesammelt und weitergeleitet werden konnten. Dank der FDP ist Deutschland einer der größten Geber der humanitären Hilfe in Syrien. Frieden und Stabilität wird Syrien nur durch eine politische Lösung erhalten.

Bitte beachten:

Sehr geehrte Vertreter der Medien, liebe Leser,

hier noch einige weiterführende Informationen für Sie:

Die Antwortgeber, in Form von wörtlichen Zitaten, auf die Fragen des „Wahlkompass Islam, Integration & Internationales“ der Deutschen Muslim Liga e.V. sind:

SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück
- FDP-Spitzenkandidat Rainer Brüderle
- Die Linke
- CDU/CSU
- Bündnis'90 / Die Grünen

Angefragt wurden Mitte August 2013 jeweils die Kanzler- bzw. Spitzenkandidaten der Parteien. Aufgrund des achtköpfigen Spitzenteams der LINKEN ging die Anfrage hier an die beiden Parteivorsitzenden.

Als erste, einen Tag vor dem Abgabetermin in der ersten September-Woche, hat die Partei Die Linke geantwortet, als letzte - fünf Tage verspätet - die GRÜNEN. Die FDP hielt sich als einzige direkt an die erbetene maximale Zeichenzahl pro Antwort.

Die Antworten von SPD und FDP stammen wie oben gesagt vom jeweiligen Spitzenkandidaten, bei den anderen von der jeweiligen Partei. Für das Layout des Wahlkompasses sind trotzdem die Bilder der Parteivorsitzenden (CDU, Die Linke) bzw. der jeweiligen Spitzenkandidaten (SPD, FDP, Bündnis '90/Die Grünen) verwendet worden.

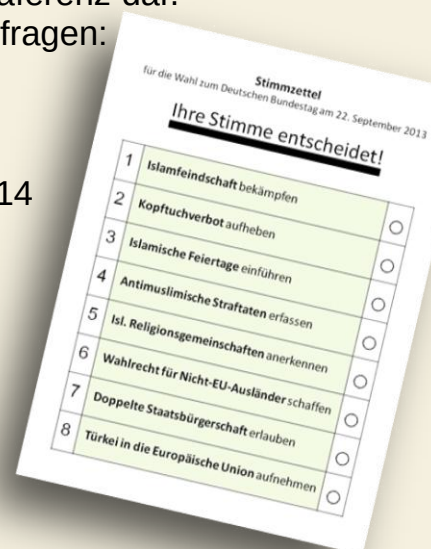
Die Fotos zeigen: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), Kanzlerkandidat Peer Steinbrück (SPD), Katrin Göring-Eckardt und Jürgen Trittin (B'90/Die Grünen), Katja Kipping und Bernd Riexinger (Die Linke) sowie Spitzenkandidat Rainer Brüderle (FDP). Die Bildnachweise finden sich im Impressum.

Die Reihenfolge der Parteien im Wahlkompass stellt keine Präferenz dar. Wir folgen dem Ranking, der aktuellen Ergebnisse der Wahlumfragen:

CDU, SPD, Bündnis'90/Die Grünen, Die Linken, FDP

Die teilweise unterschiedliche Schriftgröße (Maximalgröße 14 – Minimalgröße 10) bei den Antworten ergibt sich aus der jeweiligen Länge der Originalantworten. Erbeten waren in der Anfrage vom August je Antwort maximal 600 Zeichen inklusive Leerzeichen.

Die Definitionsseiten stützen sich auf Begriffserklärungen aus dem Duden und bekannten Nachschlagewerken sowie islamologischer Fachliteratur.



Schön, dass Sie bis zur letzten Seite unseren Wahlkompass durchgelesen haben. Dafür einen herzlichen Dank.

Wir hoffen Ihnen mit diesem Wahlkompass in der Tat Ihre Wahlentscheidung für die Bundestagswahl am 22. September 2013 einfacher gemacht zu haben.

Gehen Sie wählen, auch Ihre Stimme zählt!

Wir bedanken uns für die vielen Fragezusendungen, die wir versucht haben, alle aufzunehmen.

Wir danken der Islamischen Zeitung für die stets gute Zusammenarbeit.

Und wir danken den Politikern und Parteien für die Beantwortung unserer Fragen.

Herzlichen Dank an die kooperativen Pressestellen und Einzelabteilungen.

Bis zur nächsten Landtags- oder Bundestagswahl!

Ihre



Impressum Deutsche Muslim Liga e.V., Hamburg, Homepage: www.muslim-liga.de, Email: bm@muslim-liga.de, Ludwig-Thoma-Str. 9, 97616 Bad Neustadt **V.i.S.d.P./Redaktion** Karim Moustafa, c/o IZ Medien GmbH, Leunaer Str. 7, 12681 Berlin, Mobil: 0152 13 706 756, Email: kmpresse@gmx-topmail.de **Idee** Mohammed Belal El-Mogaddedi **Layout** Karim Moustafa, Mohammed Belal-El-Mogaddedi & www.netcorn.de **Kooperation** mit der Islamischen Zeitung, Homepage: www.islamische-zeitung.de **Fotos** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; © Susie Knoll / SPD; © Foto: CDU / Dominik Butzmann; Die Linke; FDP **Stand** 09/09/2013

Zur Kostendeckung der Arbeit der Deutschen Muslim Liga (DML) bitten wir um eine Spende:
DML, Sparkasse Bad Neustadt an der Saale, BLZ 79353090, Konto-Nr. 11009420

Gemeinnütziger Verein (eingetragen beim Amtsgericht Hamburg VR 5390,
Steuernummer 43/657/2047/7) Spenden sind steuerlich absetzbar.

